

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 15 (1974)
Heft: 12

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

à propos Mensch

Am Kongress des Jugendverbandes Komsomol Ende April 1974 hat Breschnew u. a. auch dauernd darauf hingewiesen, dass der Arbeitswille der Sowjetjugend sehr zu wünschen übrig lasse; die Kinder würden von ihren Eltern verwöhnt.

«Wir halten die Tendenz..., die Kinder und Jugendlichen beiden Geschlechts zur Teilnahme an der grossen Sache der gesellschaftlichen Produktion beizuziehen, für eine progressive, gesunde, gesetzmässige Tendenz... Bei einer vernünftigen Gesellschaftsordnung muss jedes Kind ab 9 Jahren ein Produktionsarbeiter werden, ebenso wie auch jeder arbeitsfähige Erwachsene sich dem allgemeinen Naturgesetz unterwerfen muss, nämlich: Um zu essen, muss er arbeiten, und arbeiten nicht nur mit dem Kopf, sondern auch mit den Händen.»

«Dies», steht unter dem sozialistischen Credo in der «Prawda» (3. 3. 1974, S. 3) weiter, «sind Worte von K. Marx. Auch wir dürfen sie nicht vergessen.»

So mahnt hier nicht Breschnew, sondern eine Lehrerin aus Odessa. Und weiter mit pädagogischem Geschick: «Wir haben in ihrem Alter Berge versetzt, und sie mögen nicht den Müll-eimer hinaustragen. Ueberlegen wir uns die Gründe, die zu dieser abnormalen Situation geführt haben. Meines Erachtens müssen wir, die Erwachsenen — Eltern und Lehrer — den Löwenanteil der Schuld auf uns nehmen. Wie oft hören wir (und sagen es selber): ‚Wir hatten eine schwere, hungrige Kriegskindheit; unsere Kinder sollen ohne Sorgen leben können.‘ (...)

Warum berauben denn wir Eltern jetzt unsere Kinder eines grossen Glücks — der nützlichen, für die Gesellschaft nötigen Arbeit? Grossgewachsen, muskulös, breitschultrig — wie Milch und Blut — tun die Nachkommen der Familie etwas Gewaltiges zu lieb: sie studieren. Und haben oft keinerlei Verantwortungsgefühl und Pflichtbewusstsein gegenüber jenen, die sie ernähren, kleiden und ihnen das Studium ermöglichen.»

Die Kinder verbrauchten nur, und zwar lägen ihre Ansprüche häufig über den Möglichkeiten des Familienbudgets, zu dem sie eigentlich auch beitragen könnten, um später schon an ihren Platz im Kollektiv gewöhnt zu sein. Zwar heisse es, «frühes Geld verderbe», aber: «Wenn man berücksichtigt, dass unsere Kinder ja kein eigenes Bankkonto zu eröffnen gedenken, so verdirbt selbstverdientes Geld nicht, sondern es erzieht. Verderben tut das Geld, das sie um nichts bekommen.»

Ferienarbeitslager wären für die lieben Kleinen das Ideale. «Nicht Kolchos-Hilfe spielen, sondern richtige ernsthafte Arbeit unter den Bedingungen äusserster Triftigkeit und Aufmerksamkeit.» Marx hat seinen Segen dazu gegeben.

HTD

Zitiert...

«Es ist ein Irrtum zu glauben, dass es zwischen dem Marxismus und der Religion eine friedliche Koexistenz geben könne. Für Kommunisten gibt es nur die Frage: entweder Parteimitgliedschaft oder Religion. (...) Unsere Kirchenpolitik bezweckt eine friedliche Zusammenarbeit nur mit den Institutionen der Kirche, nicht aber mit den religiösen Weltanschauungen. (...) Dieselbe Frage in derselben Form müssen sich die Lehrkräfte stellen, die keine Parteimitglieder sind. Und sie müssen sie ebenso kategorisch beantworten, denn sie haben die künftige Generation im sozialistischen Geiste und nach der sozialistischen Weltanschauung zu erziehen. Infolgedessen haben die Lehrkräfte mit der Religion nichts zu tun. Unsere Verfassung garantiert zwar die Religionsfreiheit, aber ebenso auch die Freiheit zur Bekämpfung der Religion. Für uns ist dieser zweite Teil wichtig und massgebend.»

«Megyei Hirlap», Csongrad, 13. 1. 1974

Frieden im Norden

Der schwedische militärische Bereitschaftsdienst und die Marine sind zurzeit fast täglich gezwungen, ihre Kräfte zur Kontrolle der Tätigkeit ausländischer U-Boote und Aufklärungsflugzeuge aus Ost und West einzusetzen. Amerikanische, englische, deutsche Flieger, in erster Linie aber doch sowjetische, umkreisen Schweden. Dazu kommen U-Boote der UdSSR und ihre als Fischkutter getarnten Spezialdampfer der Kriegsmarine Moskaus, die mit einer staunenswerten Pünktlichkeit immer dann auftauchen, wenn schwedische Flottenmanöver stattfinden, über die selbst die schwedische Presse oft genug nicht informiert ist.

Aus dem SOI

Kardinal Mindszenty, zu dessen Amtsenthebung wir in ZB Nr. 4 und 5 Stellung genommen haben, hat dem SOI folgendes Schreiben geschickt:

Besten Dank für Ihre Anteilnahme und die guten Wünsche. Auch möchte ich den Mitarbeitern und Unterstützern dafür danken, was sie durch das Schweizerische Ost-Institut zur Aufklärung der Öffentlichkeit über die seelische Zersetzung von Völkern und Millionen, über die Vergiftung zwischenmenschlicher Beziehungen beitragen. Materielle Verluste und physische Leiden kann man mit Gottes Hilfe verwinden und ertragen. Wenn aber der Mensch von der Wiege an zugrunde gerichtet wird, dann wird Gott gekreuzigt, und es kann etwas endgültig Unheilvolles geschehen. Dies wird im Westen übersehen. Das Gute und das Rechte können aber definitiv nicht zugrunde gehen. Wir dürfen nicht verzagen!

Mit meinem Segen
Joseph Mindszenty

Die nötigen Auskünfte erhält die sowjetische Kriegsmacht natürlich von ihren Agenten, die überall zu finden sind. Unter diesen findet sich dann und wann sogar der Kreml-Botschafter, was in anderen Ländern kaum vorkommt. So erwies es sich beispielsweise, dass der 1971 in Stockholm akkreditierte Botschafter Michail Jankowlew einen hohen Posten im Spionagedienst Moskaus einnahm und eines schönen Tages sang- und klanglos das Land verlassen musste. Einige Spione Moskaus haben ganz Skandinavien zeitweise unsicher gemacht, wie Michail Kowlow, der in Schweden 1941—1945, Dänemark 1946—1950, Norwegen 1963—1967, Finnland 1967—1970 und erneut in Schweden 1970 bis 1973 auftrat. Diese Leute arbeiten unter den verschiedensten Amtsbezeichnungen nicht nur in den offiziellen Vertretungen des Kremls, sondern auch in «Handelsunternehmen», unter denen die Matreco Bil AG in Schweden eine besondere Berühmtheit erlangt hat. 1970 zahlte sie ungefähr 5 Millionen Kronen drauf und verkaufte im Jahr ganze 271 Autos! Schweden hat im Laufe von 30 Jahren ungefähr mindestens 159 sowjetische Spione grossen Formats beherbergt, wie der amerikanische Verfasser John Barron in einem kürzlich erschienenen Buch mitzuteilen weiss. Alle diese Kundschafter betätigten sich 3—5 Jahre im Lande, und nur acht von ihnen wurden von den Behörden ausgewiesen. Das Buch nennt sogar namentlich zwei Agenten, die noch heute in Schweden «arbeiten»: M. N. Sokolow und A. N. Jegerow. Unter den in russischen Diensten stehenden Agenten finden sich natürlich auch Schweden. Einer von ihnen, der berühmte Stig Wennerström (Deckname «Kotkas»), ist gar ein General der Roten Armee.

Die Ostblockstaaten unterhalten in der Ostsee zurzeit etwa 100 spezielle Landungsboote, die zusammen 10 000 Soldaten mit einem Mal befördern können. Zu ihnen gesellen sich grössere Handelsfahrzeuge, die gleichfalls für den Transport militärischer Einheiten in grösserem Umfang eingerichtet sind. Sie können schätzungsweise 50 000 Mann mit der nötigen Ausrüstung an den gewünschten Ort überführen, gleichfalls in einem Zuge.

Oskar Angelus

Die Kleingalerie der Buchhandlung SOI setzt ihre Reihe von Ausstellungen fort. Seit dem 5. Juni sind dort Werke des tschechoslowakischen Exilkünstlers Jan Kristofori zu sehen, der seine Heimat nach der sowjetischen Invasion von 1968 verliess und heute in Norwegen lebt. Seine Werke (technisch eine Verbindung von Malerei und Relief) sind engagierte Kunst in höchster, in erlittener Intensität (Kristofori war in den fünfziger Jahren für sieben Jahre eingesperrt, weil er Stalin «falsch» porträtierte, d. h. charakterisiert dargestellt hatte). Bei der Vernissage stellte Ludek Pachman (siehe ZB Nr. 4 und 7/1974), ein Exponent des «Prager Frühlings», der nach der sowjetfaschistischen Normalisierung eingesperrt und Ende 1972 ins Ausland entlassen wurde, den anwesenden Künstler und sein Werk vor. (Pachman hielt am nächsten Tag in privatem Rahmen noch einen Vortrag zum Thema «Meinungsfreiheit in Europa».) Die Ausstellung dauert bis Ende Juni. ■

Unsere Meinung

Man hat wieder Friedenshoffnungen für den Nahen Osten geschöpft, seit es Kissinger gelungen ist, auf der syrischen Front die Israeli zu einem Rückzug (denn das ist die «Entflechtung») und die Syrer zur Annahme amerikanischer Gelder zu bewegen.

Der Friede ist es selbstverständlich nicht, sondern nur eine neue Waffenstillstandslinie. Der letzte Krieg war dadurch ausgebrochen, dass die arabischen Armeen die zuvor vereinbarte Waffenstillstandslinie überschritten. Zum Frieden stellen die arabischen Staaten noch immer die Vorbedingung, dass Israel alle besetzten Gebiete räume.

Aber selbst der Waffenstillstand gilt nur bedingt. Denn Syrien hat sich geweigert, die Operationen der Palästinenser von seinem Gebiet aus zu unterbinden. Diesen Vertriebenenverbänden stellt Syrien sein Territorium und seine Unterstützung zur Verfügung, ohne für ihre Aktionen irgendeine Verantwortung anzuerkennen. Man stelle sich einmal die Undenkbarkeit vor, dass etwa die deutsche Bundesrepublik der fünfziger oder sechziger Jahre die Vertriebenenverbände auf ihrem Gebiet hätte aufrüsten lassen und ihnen diese gleiche Aktionsfreiheit zugestanden haben würde. Aber genau dieser unglaubliche Revanchismus ist es, mit dem sich Israel als einer selbstverständlichen «politischen Realität» abfinden muss.

Die Räumung der besetzten Gebiete ist eine erste Vorbedingung nur der arabischen Staaten. Aber mit ihr hat es noch nicht sein Bewenden, denn die palästinensischen Forderungen kommen noch hinzu, und mit ihnen solidarisieren sich die arabischen Hauptstädte, was immer sie letzten Endes sein werden. Die «Wiederherstellung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes» hat die erklärte Unterstützung der arabischen Regierungen, wobei die Definition den Palästinensern überlassen bleibt. Carte blanche. Fordert, was ihr könnt und was ihr wollt, unsere Unterstützung habt ihr auf jeden Fall.

Was sind die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes, die unter Oeldruck auch von westlichen Regierungen eifertig anerkannt worden sind? Sie sind in der Sicht der international unterstützten Vertriebenenverbände die Herstellung eines palästinensischen Staates auf dem Territorium von Israel. Diesem Ziel galt der Vernichtungskrieg von 1948 und alle palästinensischen Aktionen seither, die mit arabischer Unterstützung stattfanden, auch bevor Israel im Sechstagekrieg von 1967 arabische Gebiete okkupierte und Jerusalem annektierte.

Und die Palästinenser haben die Kontinuität und Berechtigung ihrer Kriegsziele seither nie dementiert, sondern im Gegenteil bei jeder Gelegenheit wieder bestätigt. Unter «Liquidierung der zionistischen Aggression» verstehen sie nicht die Wiederherstellung der israelischen Grenzen, sondern die Liquidierung jener Aggression, die in der Gründung und in der Existenz des Staates Israels besteht.

In der Zwischenzeit könnten sich die palästinensischen kriegsführenden Organisationen je nachdem durchaus mit der Erreichung von Teilzielen und verbesserten Ausgangspositionen zufrieden geben, warum auch nicht?

Der palästinensische Führer Naif Hawatme, dessen «Demokratische Front» in Maalot ihren vernichtenden Sieg über israelische Schulkinder errang, erklärte am 19. April 1974 in der «Deutschen Zeitung»: «Auch nach Besetzung von Teilen Palästinas werden wir auf die Vernichtung Israels nicht verzichten.»

Unverantwortliches Gerede von einem, der nicht ernst zu nehmen sei? Man hatte ihn im Westen wohlwollend ernst genommen, als er sich dem amerikanischen Journalisten Paul Jacobs gegenüber für eine Koexistenz zwischen Israeli und Palästinensern aussprach und sogar die Bildung einer gemeinsamen Kampffront der Fedayin-Organisationen und der «demokratischen Kräfte Israels» befürwortete. Wobei Hawatme, der sich selbst als unorthodoxen Kommunisten betrachtete, unter demokratischen Kräften selbstverständlich die Kräfte seiner eigenen Weltanschauung versteht. Selbst wenn man das Zwischenziel eines beschränkten palästinensischen Staates auf israelischem Territorium als Endziel gelten lassen würde, wäre das restliche Israel immer noch nur unter Opferung seiner jetzigen staatlichen Ordnung und seiner pluralistischen Gesellschaft denkbar.

*

Aber vielleicht werden die Palästinenser einsehen müssen, dass sie mit ihren Maximalforderungen nicht durchkommen? Die Frage ist dann, was sie zu dieser Einsicht bringen soll.

Man hofft auch hier. Internationale Garantien, zwischen Ost und West vereinbart, würden eine dauerhafte friedliche Regelung ermöglichen, ohne dass eine Gesamtliquidierung Israels gerade nötig wäre.

Was den Faktor «West» betrifft, so teilt er sich zurzeit in aktive Friedensbemühungen (Kissingers Verdienste beim syrisch-israelischen «Entflechtungs»abkommen) und dem passiven Wunsch, von allen Unannehmlichkeiten des Nahostkonflikts verschont zu werden, was vor allem die Stimmungslage in Westeuropa ist. (Wobei erst noch die ideologisierten Kräfte im Westen einfach Partei für die Sache der palästinensischen «Befreiung» ergreifen, und sie sind keineswegs einflusslos.)

Was den Faktor «Ost» betrifft, so hat zwar die Sowjetunion ihre wechselnden Probleme mit der arabischen Welt, was sie aber nicht daran hindert, «unbeirrbar den gerechten Kampf der arabischen Völker gegen die zionistische Expansion zu unterstützen». Gerade jetzt tritt sie mit ausgesprochen scharfmacherischen Akzenten auf, um ihren angefochtenen Einfluss im arabischen Raum wiederzugewinnen. Sie hat damit neue Positionen in Libyen gewonnen, und sie hat laut UPI sogar die Verschiffung von Waffen an Ägypten wieder aufgenommen. Dazu sind ihre Kontakte zu den Palästinensern (Gromyko machte Arafat laut dessen Aussagen in Damaskus grosse Hoffnungen auf die Befreiung Palästinas) besser als je, und deren Waffen gegen Männer, Frauen und Kinder sind ja schliesslich auch sowjetisch.

Internationale Garantien für Israel müssten zwischen Kräften ausgehandelt werden, die einerseits deklariert pro-arabisch und anti-israelisch sind, andererseits aber neutral bis neutralistisch. Ein Gleichgewicht ist da einfach nicht zu erwarten. Und das Problem der Einhaltung beliebiger Vereinbarungen kommt dann erst noch hinzu.

Christian Brügger

FACETTEN zum Alltag drüben

Den Bedürfnissen der Bergbauindustrie dürfen schon etliche hundert Wohnungen in einem Stadtzentrum geopfert werden. Das ist eine Selbstverständlichkeit, die gar nicht erst diskutiert wird — in der DDR.

Die Kreisstadt Stassfurt (Bezirk Magdeburg) trägt nun seit neun Jahren durch rechtzeitigen Häuserabbruch den Erdsenkungen Rechnung, die durch den dortigen Kalibergbau verursacht werden. Da die Auslaugungszone nun einmal unter dem Stadtzentrum liegt, mussten zwischen 1965 und 1973 schon mehr als 600 gefährdete Wohnungen abgetragen werden. In diesem Jahr werden laut Plan weitere dreizehn bedrohte Grundstücke mit 40 Wohnungen «enttrümmert», wie es in der Planungssprache heisst.

Den erdsenkenden Wirtschaftsinteressen fallen natürlich nicht nur Wohnungen, sondern auch andere Räumlichkeiten zum Opfer. So mussten jetzt die Stadtväter ihr Rathaus aufgeben, und der Bürgermeister amtiert provisorisch in einem Hotel. Ueberhaupt ist der gegenwärtige Zustand und Prozess, nämlich die Opferung des Zentrums, ein Provisorium, das verheissungsvoll in die Zukunft weist. Zwar müssen die Abbrucharbeiten einstweilen fortgesetzt werden, aber später dann will man den ganzen Stadtkern nach einer neuen Technologie wieder aufbauen, und dazu sind sogar jetzt schon Pläne vorhanden.

Die Ueberlegenheit des sozialistischen Systems erweist sich an diesem Beispiel: Soll doch ein kapitalistisches Bergbauunternehmen einmal versuchen, das Beispiel nachzuahmen. ■

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

ZeitBild

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar+

Leihkasse Bern 153 400 50, Deutsche Bank

Frankfurt a. M. 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 30.- jährlich (Ausland Fr. 33.-, DM 30.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr. 22.-, DM 20.-)

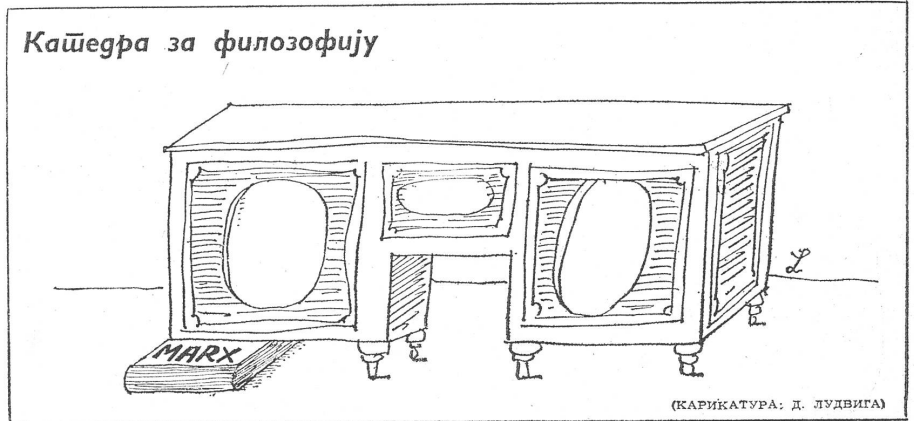
Halbjahr Fr. 16.- (Ausland Fr. 17.-, DM 16.-)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)

Die Lehre der Praxis
und die Praxis der Lehre

Was soll
der Lehrer
den
Professoren?

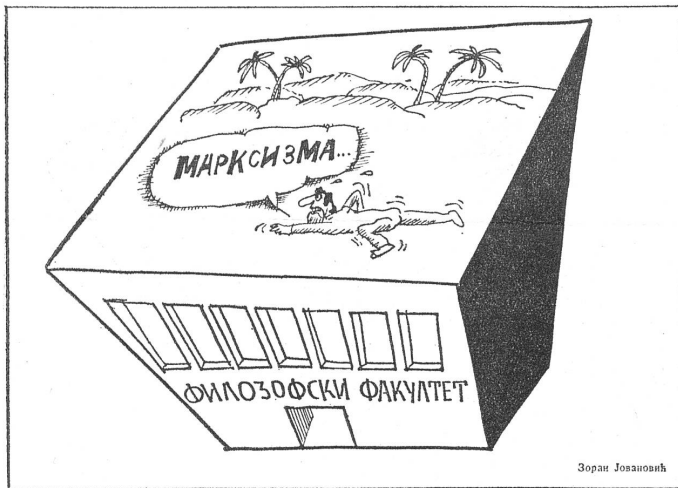
Катедра за филозофију



(КАРИКАТУРА: Д. ЛУДВИГА)

Lehrstuhl für Philosophie - und Marx ersetzt ein fehlendes Tischbein. («Borba», Belgrad, 30. 1. 1974)

Karl Marx auf der Universität



Зоран Јовановић

Die Fata Morgana des Marxismus auf der philosophischen Fakultät. («Jesch», Belgrad, 24. 12. 1973)

Jugoslawische Karikaturen, die in der Sowjetunion antisozialistische Verleumdung wären. Sind sie für westliche Studenten Denkanstoss oder nur Anstoss?



ЗАБРАН

— Шта то радите, професоре?
— Ограђујем своје мишљење.

Раде Ивановић

Zutrittsverbot: «Was tust du denn da, Professor?» – «Ich grenze meine Meinung ab.» («Jesch», 28. 12. 1973)



— Ми бисмо, вам отворили, али кључ је код професора!
(КАРИКАТУРА: М. МИЛОРАДОВИЋА)

Marx vor dem Eingang zur Universität. Die Studenten rufen ihm zu: «Wir würden Ihnen gerne die Türe aufmachen, aber der Schlüssel ist beim Professor.» («Borba», 21. 12. 1973)